

CDU/ FDP- Fraktion im Kreistag LK Leipzig

Bericht/ Zusammenfassung der 16. Kreistagssitzung am 13.07.2022

Pressemitteilung

Am Mittwoch, den 13.07.2022 fand in Borna die 16. Sitzung des Kreistages im LK Leipzig statt.

Die übliche Möglichkeit der Teilnahme der interessierten Öffentlichkeit war gegeben.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landrat Henry Graichen wurden zunächst die Formalitäten abgehandelt.

B. Walther, AFD, erhob sich, gratulierte dem Landrat Henry Graichen zu seiner Wiederwahl und überreichte einen kleinen Blumenstrauß.

Unter TOP 1.2 erfolgte die Bestätigung der Tagesordnung und unter TOP 1.3 die Beauftragung von zwei anwesenden Kreisräten zur Unterzeichnung der heutigen Niederschrift.

Danach wurde mit TOP 2 in die öffentliche Sitzung/ Beratung eingetreten.

Zur Einwohnerfragestunde, TOP 2.1, gab es keine Anfragen von Bürgern.

TOP 2.2: Die Niederschrift der 15. KT- Sitzung vom 18.05.2022 wurden ohne Beanstandungen bestätigt.

TOP 2.3 hatte die Verpflichtung eines neuen Kreisrates zum Inhalt. Durch das Ausscheiden von Frau Hesse, Bündnid90- Die Grünen kam es dazu, dass nun Herr Alexander Schmidt diesen Sitz der Fraktion Grüne im KT einnimmt.

Unter TOP 2.4 gab der Landrat die folgenden aktuellen Informationen:

In TOP 2.4.1 wurde über die Übertragung von Verpflichtungsermächtigungen vom Jahr 2021 auf 2022 informiert.

In TOP 2.4.2 wurde über den voraussichtlichen Haushaltsvollzug im 1. Quartal 2022 informiert. Es wird von einem Defizit ausgegangen, welches sich aus ungeplanten Ausgaben und Maßnahmen ergeben habe, z.B. durch Hilfsprogramme.

Unter 2.5 wurde die Einigung zur neuen Zusammensetzung des Bau- und Vergabeauschuß erfolgreich abgestimmt. Herr Kreisrat Carlo Hohnstädter, SPD, wird diesem künftig angehören.

Auch TOP 2.6 hatte eine Änderung in der Ausschuss- Besetzung zum Inhalt. Dem Haushaltsausschuss wird künftig Kreisrat A. Schmidt/ Grüne als Mitglied angehören.

Durch das Ergebnis der Kommunalwahl, Wiederwahl von Landrat Henry Graichen, ist unter TOP 2.7 die Vereidigung des „alten“ und neuen Landrats vorbereitet worden. Dazu ist ein Kreisrat durch Wahl zu bestimmen, der den Eid abnimmt. Auf Vorschlag wurde Klaus Burkhardt, FDP, als an Jahren ältester Kreisrat, zur Wahl gestellt. Weitere Vorschläge bzw. Kandidaten gab es nicht. Da es keinen Widerspruch gab konnte offen gewählt werden. Er erhielt die Stimmen der anwesenden Kreisräte. Somit wird Herr Burkhardt die Vereidigung des Landrats in der nächsten Sitzung des Kreistages durchführen.

Im TOP 2.8 wurde die Neuausschreibung und Wahl der Stelle des 1. Beigeordneten vorbereitet. Dazu wurde durch Beschluss der Kreisausschuss ermächtigt, nach der in Kürze stattfindenden Ausschreibung die Vorauswahl durch Anhörung von geeigneten Bewerbern vorzunehmen und in seiner Sitzung am 05.09.2022 eine Vorauswahl zu treffen. Diese geht dann als Vorschlag an den Kreistag, welcher letztendlich entscheidet.

Weiterhin befasste sich der Kreistag im TOP 2.9 mit überplanmäßigen Mitteln für den Bereich des Jugendamtes. Diese machten sich insbesondere im Bereich der Heimerziehung erforderlich. Begründet wurde der Anstieg des finanziellen Aufwands mit unkalkulierbaren Kosten in diesem Bereich, u.a. mit steigenden Tariflöhnen.

Für die AFD trat Frau Fritzsche ans Mikrofon und signalisierte, dass ihre Fraktion dem nicht zustimmen werde. Sie begründete mit unzureichender Deckung und verwies auf den von der AFD in einer früheren Sitzung gestellten Antrag für „Frühe Hilfen“ als Prävention und vorsorgliche Vorbeugung, der aber vom Kreistag abgelehnt wurde.

Im Detail nannte sie einen Betrag von 142,00 €, der täglich pro Heimplatz anfallt und, nach ihrer Meinung, explosionsartig weiter steigen werde.

Sie trug vor, dass man sich in dem Bereich von der Privatwirtschaft besser trennen sollte, dies in kommunale Hand, unter Einbindung von Partnern, nehmen sollte. Diese könnten ja z.B. Investoren sein, wie die der Solarparks in der Region. Dabei wäre wohl die Bereitstellung einer „Anschubfinanzierung“ eine Möglichkeit.

Auch den Neubau der Archivhalle kritisierte sie an dieser Stelle. Es sei dort daneben auch Platz für solche sozialen Bauprojekte. Sie plädierte dafür, künftig in allen Bebauungsplänen Flächen für soziale Projekte zwingend vorzusehen.

Es kam zur Abstimmung. Mehrheitlich wurde dem Beschluss zugestimmt. Die finanziellen Mittel werden dem Jugendamt zugeteilt. Die AFD stimmte wie angekündigt dagegen.

Im TOP 2.10 wurde eine Änderung des Grundsatzbeschluss (2020/008) beraten. Diese wurde mit angedachten Planänderungen erklärt.

Wegen des Defizits im Kreishaushalt sei nach Alternativen gesucht worden, so kam es zu Änderungen, die sich deutlich von der eigentlichen Planung entfernt haben.

So ist aktuell vorgesehen, neben dem Kreisarchiv auch das Sächsische Wirtschaftsarchiv und das Dok- Mit- Zentrum unterzubringen. So entstehe ein multifunktionales Projekt. Die Sicherheit für eine langfristige Nutzung ist durch eine Kooperationsvereinbarung über 15 Jahre gegeben sowie durch einen entsprechenden (künftigen) Mietvertrag. Auch IHK und Handwerkskammer stehen hinter dem Projekt.

Von Vorteil sei, dass es daraufhin für den LK Leipzig auch wirtschaftlicher werde. Das Vorhaben steht unter dem Vorbehalt des Erhalts von entsprechenden Fördermitteln.

Der Kreistag stimmte dem Vorgehen und dem Projekt mehrheitlich zu.

Zur Neuregelung der Taxi- Tarifordnung (von 2019) im Pflichtfahrgebiet LK Leipzig wurde im TOP 2.11 beraten. Der Vorschlag sah vor, bei einem Kraftstoffpreis von über 1,80 € einen Zuschlag von 1,00 € pro km ab 01.10.2022 einzuführen. Ebenso sind mit dem Betrag auch die steigenden Kosten durch den neuen Mindestlohn ab 01.10.2022 berücksichtigt.

B. Walther, SFD, signalisierte Zustimmung, hinterfragte aber, ob es dadurch wirklich keine Auswirkungen auf den Kreishaushalt gäbe. Der Landkreis Sorge doch auch für Kranken- und andere Personentransporte. Herr Walther machte den Diesel als Ursache aus und erwähnte noch die Möglichkeiten, ob es mit E- Fahrzeugen nicht günstiger wäre, Personen zu transportieren.

Der Landrat erwiderte, dass Krankentransporte von den Krankenkassen getragen würden. Der Landkreis ist zuständig für den Schülerverkehr, der zu einem geringen Teil mit Taxen erfolge. Dies belaste den Kreishauhalt durch den genannten Zuschlag nur geringfügig.

Der Kreistag stimmte zu.

Über die Aufhebung des Beschluss 2021/038 betreffend Aufhebung der Zweckvereinbarung über die Zuständigkeiten und Vergaben von Personenverkehrsdiensten und -leistungen durch den LK Leipzig an die THÜSAC GmbH wurde unter TOP 2.12 beraten. Nach der Prüfung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt solle diese Vereinbarung nicht gekündigt werden, sondern eine Aufgabenübertragung über eine Zweckvereinbarung erfolgen, dies unter Mitbestimmung des LK Leipzig.

Daher wird es keine Rücknahme der Zweckvereinbarung geben. Somit müsse der Beschluss 2021/038 vom Mai 2021 aufgehoben werden.

Der Kreistag stimmte dem zu.

Das erstellte Klimaschutzkonzept für den LK Leipzig wurde im TOP 2.13 behandelt.

Zuständig dafür ist der Klimaschutz- Manager des LKL, Herr Haak.

Inhalt des Konzepts ist ein Maßnahmenpaket für den LKL sowie darüber hinaus auch für Kommunen, Landwirte, Unternehmen...

Mit Beschluss des Konzepts würde das Maßnahmenpaket anerkannt und gelte für alle eigenen Liegenschaften des LKL und den Bereich der Mobilität der Kreisverwaltung. Die Steuerung erfolge dann über das Amt für Kreisentwicklung. Ein Genehmigungsvorbehalt einzelner Maßnahmen für die zuständigen Gremien (Ausschüsse, Kreistag) bleibe erhalten.

Herr Weitzmann, AFD trat ans Mikrofon und gab seinen bzw. dn Kommentar seiner Fraktion zu Gehör. Er bezeichnete den Klimawandel als der Corona- Pandemie ähnlich. Es gäbe keine Sicherheit, dass Maßnahmen wirkten, alles ginge auf Kosten der Menschen.

Er habe vor Abstimmung grundsätzliche Fragen:

- Nach einem Black- out im Winter?
- Ob vielleicht die Rechnungen nicht mehr bezahlbar würden?
- Ob es zu massiven Abwanderungen von Unternehmen aus Deutschland kommen werde?

Er bezeichnete den Umgang mit dem Thema Klimawandel als „Realitätsverweigerung“. Das Klima sei immer im Wandel, auch CO₂- Ausstoß gäbe es schon immer. Klimawandel sei zu einer Art „Ersatzreligion“ geworden, Kritik sei dabei unerwünscht.

Außerdem seien erneuerbare Energien nicht grundlastfähig.

Er sei der Meinung, das große Ziel all dessen sei die Umerziehung der Menschen, es sei eine „Klimaschutz- Ideologie“, diese sei unsozial durch steigende Preise und Kosten. Er frage sich, ob hier Unternehmen in den Ruin getrieben werden sollten?

Als Beispiel dieser „Verfehlungen“ nannte er Leipzig- dort habe man vor drei Jahren den Klimanotstand ausgerufen. In Folge sei der Automobilverkehr fast zum Erliegen gekommen, Radwege, die eingerichtet wurden würden kaum genutzt. Der LK Leipzig sehe sich wohl in der Rolle des „Pädagogen“ gegenüber dem Bürger?

Eigentlich sei ein Volksantrag geboten. Es werde nicht lange dauern, bis die Menschen auf die Straße gingen.

Er mahne folgendes an:

- Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken
- Es seien viel zu viele Produkte aus aller Welt auf dem Markt
- Erfolgs- und ertragsreiche Landwirtschaft
- Alternative Energiegewinnung ja, aber auf Dachflächen, nicht auf dem Boden
- Mehr Aufklärung an Schulen zur heimischen Fauna und Flora
- Ein Energiemix, auch mit Atomenergie

Die Landkreise würden zur „Randnotiz“, wenn wir alles akzeptieren, was aus Brüssel oder Berlin kommt. Das Klima dürfe kein „Totschlagargument“ sein.

Der Landrat erwidert, dass wir mündige, eigenständig denkende Bürger, Bürgermeister und Abgeordnete haben.

Infrastruktur werde von der Wirtschaft erwartet und vorausgesetzt. Wenn der LKL nicht liefere, dann wandert die Wirtschaft ab. Wertschöpfung sei im Klimaschutz direkt enthalten. Es gelte, die freiheitliche Demokratie in unserem Land zu erhalten. Andere Länder auf der Welt haben diese nicht. Er dankte Herrn Haak für die Erstellung des umfangreichen Konzepts. Auch Fraktionen waren durch die Arbeitsgruppe einbezogen. Oft machten fehlende personelle und finanzielle Ressourcen die Arbeit schwer, jedoch sei der LK Leipzig schon weiter bzw. besser- die Klimaziele von Paris seien hier schon erreicht, aber man müsse auch weiter daran arbeiten. Jede Entscheidung sei an Klimazielen zu orientieren und zu messen. So müssten Gebäude- öffentlich und privat- gedämmt werden, weil gerade dort viel an Energie verloren ginge. Bei der Wärmeerzeugung müsse es das Ziel sein, diese ohne CO2-Ausstoß zu schaffen, Mobilität sei umzustrukturieren, Ausbau der E- Mobilität und des ÖPNV.

Dies alles erfordert dringend den Ausbau der erneuerbaren Energien. Und dabei sei auch an Tempo zuzulegen.

B. Walther, AFD, sprach nochmals- und widersprach dem Landrat .Ein Konzept für 64 T € erstellen zu lassen sei eben nicht demokratisch.

Erneuerbare Energien gäbe es nicht, es werde nur Energie „gewandelt“- von einer Art in die andere. So verminderten Windräder z.B. den Wind in Folge... (Diese „Theorie“ führte zu einem erheblichen Gelächter im Sitzungssaal...) Herr Walther sprach vom „ Märchen von den erneuerbaren Energien“, ein perpetuum mobile gäbe es ja bekanntlich nicht.

S. Runkwitz, LINKE, konnte dies wohl nicht so stehen lassen. Der Landrat sei gewählt, von einer großen Mehrheit der Bürger. Die AFD solle doch endlich mit dem Gerede vom „gesunden Menschenverstand“ und der „Heimaterde“ aufhören.

Z.B. seien Biogasanlagen durchaus grundlastfähig, da regelbar, zu- und abschaltbar, im Gegensatz zu Sonne und Wind.

Natürlich sei viel Geld an Beraterfirma gezahlt worden, obwohl gute Leute im Landratsamt tätig sind. Diesen sollte man mal wirklich mehr zutrauen. Aber- das Konzept ist notwendig, auch um entsprechende Fördermittel beantragen und erhalten zu können.

Es wurde zur Abstimmung gebeten, außer der AFD gab es Zustimmung, bei zwei Enthaltungen.

Der letzte TOP 2.14 befasste sich mit einem Antrag der LINKEn.

Diese forderten darin unter dem Titel „Strukturwandel sichtbar machen“ eine öffentlich zugänglichen Datenbank „Strukturwandelmaßnahmen LK Leipzig/ Mitteldeutsches Revier“.

J. Kretschmar erläuterte, es ginge um die Sichtbarmachung für die BürgerInnen. Das Wort „Datenbank“ einrichten sei wohl etwas hoch gegriffen- gut- man könne es auch „Internetseite“ nennen, das sei auch akzeptabel und werde im Antragstext der Beschlussvorlage geändert.

Der Kreisausschuss hat dazu beraten und kann den Antrag empfehlen.

B. Walther, AFD, äußerte, man habe nichts gegen Transparenz, aber- ein Antrag der LINKEn- der ziele darauf ab, den Mangel nur gerecht zu verteilen. Es würden ja auch Maßnahmen finanziert, die eigentlich längst überfällig seien und mit dem Strukturwandel nichts zu tun hätten. Daher sei dies ein „typisch sozialistischer Antrag“.

Der Landrat bemerkt- es gehe nicht um die Verwaltung, sondern um eine Form der „Sichtbarmachung“. Und es gäbe mehr als die von Herrn Walther genannte Zahl an Förderrichtlinien.

Mehrheitlich stimmt der Kreistag dem Antrag der LINKEn zu.

Unter dem letzten TOP 2.15, Anfragen der Kreisräte, meldete sich R. Gängel, LINKE, zu Wort wegen des häufigen Auftretens des gefährlichen Riesenbärenklaus und dessen weiterer Verbreitung. Die Frage sei, welche Maßnahmen oder Techniken dem entgegen wirken könnten.

Weiter seien an Bahnhöfen teilweise keine Übergangsmöglichkeiten für Radfahrer.

Der Landrat sagte wegen der Giftpflanzen zu, dies in den entsprechenden Ausschuss zu geben.

Ende der Sitzung

G. Sporbert

FGF, CDU/ FDP- KT- Fraktion

14.07.2022